Solidaritätspreis 3,- DM



Gegenwehr, Solidarität, Sozialism Ó

VORAN Nr. 207 August 1999 L, Sozialistische Alternative

Wo Geld ist ...

1997 besaßen allein die reichsten 47 Familien Deutschlands über 263 Milliarden DM, das entspricht der Hälfte des Bundeshaushaltes, (Beck/Meine "Wasserprediger und Weintrinker")

Wäre der Anteil der Gewinnsteuern der Unternehmen am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980 wären jährlich 100 Milliarden DM mehr in den öffentlichen Kassen (WSI)

Die Unternehmen verfügen über 691 Millarden DM Rücklagen, für die bisher keine Mark Gewinnsteuer in die öffentlichen Kassen floß (taz. 163.99)

Würde die rot-grüne Regierung die von der Kohlregierung abgeschaffte Vermögenssteuer und Gewerbekapitalsteuer wieder einführen, hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden DM mehr in den Kassen (aktuell 99)

"Der Lebensstandard bei uns ist doch so gut, daß wir uns diese Kraftanstrengung ruhig erlauben können." So tönte Kurt Beck (SPD), um seinen Vorschlag nach Null-runden für alle Arbeitnehmerinnen zu begründen. Auch Kanzler Schröder, und seine rot-grüne Kürzungstruppe sehen noch jede Menge weiterer Sparmöglichkeiten. Doch fragt man sich, von wessen Lebensstandard die Rede ist, und wer hier Kraftanstrengungen zu machen hat.

Katja Raetz, Berlin

Meinen sie "den guten" Lebensstandard der Sozialhilfeempfänger und der zwei Millionen privaten Haushalte, die als überschuldet gelten? Meinen sie "den guten" Lebensstandard der Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe, wie zum Beispiel Katrin Wegener aus Berlin, die schon heute bei 340,-DM Miete zuzüglich Strom und Gas von 1000,-DM Arbeitslosenhilfe leben muß? Meinen sie den "guten Lebensstandard" der Arbeitnehmerfunen, deren Realeinkommen im letzten Jahr gesunken ist? Ja, tatsächlich sie alle sind gemeint.

Das Argument, Lohnverzicht schaffe Arbeitsplätze ist falsch In sechzehn Jahren Kohl-Regierung stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit

Kommunalwahlen:

Ergebnis waren immer neue Rekorde bei der Arbeitsplatzvernichung. Selbst DIHT -Präsident Hans Peter Stihl nannte unlängst konkrete Jobzusagen der Wirtschaft "illusorisch".

Im Herbst noch haben die Regierungsparteien versprochen, die Situation von Jugendlichen zu verbessern. Zum Beispiel sollten alle Jugendliche, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Realität sieht aber anders aus: Ende Mai gab es noch 310.000 nicht vermittelte Bewerber, denen 144.000 offene Stellen gegenüberstanden inclusive dem "Jobprogramm" der Regierung. Nur noch jeder vierte Betrieb bildet aus, also wird die Schere zwischen Bewerbern und freien Plätzen immer größer

beantragen, was die Jugendli chen wieder abhängig von ih

ren Eltern macht.
Weiter ist geplant, die Mineralösteuer dreimal um 8 Pf proLiter anzuheben. Doch heißt das nicht; daß im Gegenzug

und Vermögen stärker als die Löhne und Gehälter der Arbei-terInnen und Angestellten. Das

wehr- und Zivildienstleistende sowie Referendare nach Been-digung ihres Dienste oder Re-ferendariats Arbeitslosenhilfe. Das soll jetzt ganz wegfallen, dafür müssen sie Sozialhilfe r größer isher | Bundes

Bahn - oder Busfahren billiger würde. In Berlin kostet z.B. eine normale Monatsfahrkarte 99,-DM, auch für Arbeitslose. Weitere Kraftanstrengungen müssen allerdings die Reichen in diesem Lande unternehmen. Sie müssen sich nämlich kräftig anstrengen, die zusätzlichen Geldgeschenke seitens der Regierung wieder auszugeben.

Durch eine "große Unternehmenssteuerreform" sollen die Betriebe ab 2001 um, 8 Milliarden entlastet werden. Seit 1990 wurden die Unternehmen laut SPD - Finanzexperien Joachim Poß bereits um 50 Milliarden entlastet. Doch gibt es nicht den mindesten Gedanken, diese ungerechte Verteilung des Wohlstandes umzukehren. Das Gegenteil ist der Fall. Während die sozialen Errungenschaften immer weiter abgebaut werden, können die Reichen ihre Pfründe noch

vergrößern.

Daran wird sich erst etwas
Ändern, wenn der rot-grünen
Kahlschlagpolitik die gesamte
Kampfkraft der Arbeiterbewegung entgegenstellt wird. Bereits im Juni waren 30.000

Krankenhäusern klar zu machen. Die SAV setzt sich in den Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, Schüler- und Studierendenorganisationen für eine bundesweite Großdemonstration ein. Ein erster Kolleginnen bei der ÖTV Demonstration in Berlin, um
ihren Widerstand gegen die
Arbeitsplatzvernichtung in monstration ein. Ein Schritt, um den Kampf

Schritt, um den Kampf gegen die Kürzungspolitik zu beginnen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, Aktionen bis hin zum Streik zu organisieren.

Die Entwicklung der SPD und der Grünen zeigt, daß wir uns auf keine der etablierten Parteien verlassen können. Überall wo heute systemkonforme Parteien entscheiden sei es auf bundesweiter oder regionaler Ebene beugen sie sich den sogenannten Sachzwängen der Profitwirtschaft und setzen die Kürzungen mit

um.

Deshalb ist der Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei, die nicht im Interesse der Profite handelt und die demokratisch aufgebaut ist, notwendig.



ROT-Crine Stoppt

Wo gekürzt werden soll...

7.2 Millarden DM bei Langzettarbeitslosen, um diese Summe sollen die Beiträge vom Staat für Arbeitslose an Renten-, Pflege- und Krankenversicherung gekürzt werden. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen in den nächsten 2 Jahren nur entsprechend der Preissteigerungsrate angehoben werden.

3.8 Milllarden DM sollen dadurch eingespart werden, daß auch die Renten 2 Jahre nur noch im Höhe der Inflation angehoben werden. Dafür sind im Jahr 2000 nur 0,7 Prozent eingeplant und im Jahr 2001 nur 1,6 Prozent. Das heißt, das die Rente von derzeit 70 Prozent des vorherigen Lohns auf 65 Prozent gesenkt wird.

Die "originäre Arbeitslosenhilfe" für diejenigen, die noch keine Beiträge zur Arbeitslosenhilfe" für diejenigen, die noch dare, wird abgeschafft (1 Milliarde DM).

30,000 von 140,000 Zivildienststeilen sollen wegtallen, ohne daß diese Stellen, vor allem im Gesundheitswesen, durch Festangesteilte wieder ausgefüllt würden (2,86 Milliarden DM). 44 Millionen durch geringere Zuschwisse für die Dienststellen der Zivildienstleistungen.

Die vorgesehene BAföG - Ernöhung soll verschoben werden, obwohl die Fördermittel für BAföG-Empfänger ohnehin schon 1998 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 2,3 Milliarden DM gesunken sird



"Was bleibt vom Sozialstaat?" fragte die SPD in früheren Wahlkämpfen – selbst an der Regierung antwortet sie: Nichts!

Zato in Kosovo:

unser

standpunkt

Gegenwehr ist möglich

Schröder-Blair-Papier

BOSSETVOTO PENGING

Lebensbereichen zu schätzen weiß." so lautet eine Aussage in dem Papier "Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" von Gerhard Schröder und Tony Blair. Kreatives Kicken bei dicken Gehältern ist das Credo der neuen, modernen Sozialdemokraten "Wir wollen eine Gesellschaft, die erfolgreiche Unternehmer ebenso positiv bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler und die Kreativität in allen Lebensbereichen zu schätzen

verbessert werden, und: "der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen".

Der Weg nach vorne führt in wünscht sich Arbeitnehmer die wüllens und bereit sind, neue Verantwortung zu übernehmen", also mehr leisten für gleiches oder weniger Geld. Denn eins ist für den SPD-Chef klar: das "den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot" muß Von ArbeitnehmerInnen ist gelegentlich auch noch die Rede, als "Humankapital" der Unternehmen. Schröder

steuerhinterziehenden Bankmanagern, verblaßt natürlich
die lächerliche Arbeit von
Stahlkochern, Krankenpflegern oder Kassiererinnen. Deswegen sind mindestens Nullrunden angebracht.
Ganz zu schweigen von Arbeitslosen, die schließlich gar
nichts leisten Deren "Ansprüche" missen als erstes gestutzt
werden. "Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in
ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln."
Daß bei 4 Millionen Arbeitslosen der Sprung zwangsläufig
ins eigenverantwortliche ins eigenverantwortliche Nichts führt, interessiert hier nicht. Jeder ist seines Glückes Schmied. Und manche muß man mit "Hilfe zur (Billig-)Arbeit" eben zu ihrem Glück

zwingen.

Und erst die Rentner, aus Sicht der SPD nur lästige Fresser, die auch noch immer länger leben. Da müssen moderne Sozialdemokraten ganz schnell mal "alle Leistungsempfänger, darunter auch Menschen im arbeitsfähigen Alter, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen

werden soll, ist, daß er sich mit lebenslanger Arbeitsplatzunsi-cherheit bei schlechter Bezah-lung abzufinden habe.

nur bei papierenen Thesen zu belassen, zeigt die aktuelle Regierungspolitik. Eichel schnütt flugs das größte Sparpaket der Nachkriegsgeschichte, das auch der Regierung Kohl/Waigel und ihren Hintermännern alle Ehre gemacht hätte. Schon aus Anlaß des (kleineren) Sparpakets der Kohlregierung 1996 brachten die Gewerkschaften in Bonn 350.000 zum Protest auf die Beine, Aber jetzt hat man ja einen Walter Riester in der Regierung, was will man mehr...

Weitere Zitate aus den Blair-Schröder-Papier lohnen kaum, es ist schlicht und komplett ausgerichtet auf die Interessen der Eliten der Gesellschaft und die Unternehmerfreunde Gerhard Schröders dessen Autori-hard Schröders dessen Autori-Daß man gewillt is nur bei papierenen belassen, zeigt die ak es nicht

der Elite
die Unt
hard Scl
tät bel
kommt.
durch n
nen" W Schröders, dessen Autori-bekanntlich von Auto nmt. Es unterscheidet sich ch nichts von den "moder-" Worthülsen von Union, bekanntlich

Größtes Sparpaket

und Wettbewerbsfähigkeit" umbenannt wurde und die Unternehmenssteuerreform Priorität in der Steuerpolitik bekommt. Und trotz rot-grü-nem Kürzungsprogramm zu Lasten der Ge-werkschaftsbasis beteiligen sich die Gewerk-schaftsvorsitzenden weiter an den Bündnis-für-Arbeit-Gesprächen.

Opposition aufbauen

Ohne Druck von unten wird die Gewerkschaftsführung nicht gegen die rot-grüne Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer mobilisieren. Daß die Gewerkschaftsführung von unten gezwungen werden kann, Proteste zu organisieren, zeigt die ÖTV-Demo mit 30.000 Teilnehmerlanen am 15.6.99 in Berlin gegen die von der Regierung betriebene Arbeitsplatzvernichtung in Krankenhäusera. Es ist Aufgabe von Aktivisten, kämpferischen Uruck aufzubauen. Dafür müssen die Gewerkschaftsturen genutzt und darüber hinaus ein organisiertes Netz von kämpferischen Oppositionellen aufgebaut werden, das Vertreterfunen von Arbeitsloseninis und sozialea Bewerkschaftlicher Arbeitsloseninis und sozialea Bewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und die Gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und die Gewerkschaftslinke, die sich mit einem bundesweiten Treffen im April diesen Jahres zusammengeschlossen hat, könnten dabei ein entscheidender Faktor sein. Sie könnten als ersten Schritt zur Gegenwehr gegen die rotgrünen Kürzungen zu einer bundesweiten Demo aufrufen. Es sei daran erinnert, daß der ursprüngliche Aufruf für die Großdemo am 15.6.96 vom Bündnis Sterumarsch stammate und die Gewerkschaften dadurch unter Druck kamen, sich dem Aufruf anzuschließen und für die Bonner Demo zu mobilisieren. Durch diese Mobilisierung steig das Selbstvertrauen an der Gewerkschaftsbasis. Der Ruf nach einem Generalstreik wurde so laut, daß die Spitzen der DGB-Gewerkschaften Zumindest gezwengen wir anknitpfen und Druck aufbauen werden mit dem Aufruf anzuschließen und bersonelle Alternative zur gegenwärtigen Gewerkschaftsführung aufzubauen.



stand und "Leistungsträgern", man hat nur noch ein paar Rest-Hemmungen, sich wie die FDP als Partei der Besserverdienenden zu bezeichnen, lästiges Erbe der Vergangenheit. Die FDP begründete diese Bezeichnung seinerzeit ja auch damit, daß diese die Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft wären. Sicher, gegenüber der Leistung von gutverdienenden Immobilienmaklern,

beziehen, auf ihre Fähigkeit überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen."

"Ein einziger Arbeitsplatz fürs ganze Leben ist Vergangenheit". Nun waren die ArbeitnehmerInnen auch früherschon nicht nur auf einen einzigen Arbeitsplatz fixiert; es durften auch mehrere im Leben sein, wenn sie selbst gewählt und von Bedingungen und Gehalt her halbwegs auskömmlich waren. Was dem Arbeitnehmer jetzt beigebogen

mit sind wir dem demokrati-schen Ideal, daß alle Parteien untereinander klüngelfähig sind, ein gutes Stück näher ge-

kommen.

Und wenn die derart modernisierten Sozialdemokraten die Stimmen von in ihren Augen geringleistenden Arbeitnehmern und nichtsnutzigen Arbeitslosen oder Rentnern nicht mehr bekommen? Solange sie gar nicht wählen gehen und sich ansonsten ruhig verhalten,

macht das zunächst mal nichts. In den USA gehen schon seit Jahrzehnten nur 50% der Leute wählen, die sog. "weiße Mittelschicht", um die sich dort die beiden bürgerlichen Parteien Republikaner und Demokraten mit kaum zu unterscheidenden Inhalten balgen. Dort weiß man längst, daß eine niedrige Wahlbeteiligung gar nicht schlimm ist, solange es keine ernstzunehmende Alternative in Form einer Arbeiterpartei gibt und solange die Nichtwähler schön ruhig bleiben und nicht aufbegehren.

Randgruppe "Neue Mitte" ist

Die gewandelten europäischen Sozialdemokraten folgen nun diesen Fußstapfen und streiten sich um die beserverdienende "Neue Mitte"

"Riester ist im Gewerkschaftslager ein Vorreiter, wenn es darum geht, Unternehmerinteressen nachzugeben und Ausverkauf an der Gewerkschaftsbasis zu betreiben. Und wenn er erstmal den Druck der IGM-Basis los ist und im Bonner Kabinett sitt, wird er offen Politik gegen die Gewerkschaften machen." Das schrieben wir vor der Wahl in der VOR-AN Nr. 198, Juni/Juli 1998. Spätestens mit Riesters Rentenplänen und Kürzungen bei den Arbeitslosen ist unsere Vorhersage leider Wirklichkeit geworden.

Im Juni 1996 haben die Gewerkschaften gegen Sozialkürzungen der Kohl-Regierung 350,000 nach Bonn mobilisiert. Die Stimmung damals war für politischen Streik. Die Gewerkschaftsführung vertröstete auf die Bundestagswahlen. Der DGB invesiterte 8 Millionen DM in eine Öffentlichkeitskampagne für einen Regierungswechsel. Riester sollte der Garant für den Erfolg einer Neuauflage des "Bündnis für Arbeit" sein. Eine der Hauptforderungen der Gewerkschaften in diesem Bündnis war die "Rente mit 60". Dadurch sollten neue Arbeitspilätze geschaffen werden. Riesters sollte der Grewerkschaften in desem Bündnis für Arbeit" war die Ausbildungspilatzegrantie. Aber wie soll diese Garantie durchgesetzt werden, wenn die Unternehmer nicht mehr Azubis einstellen, die Reduzierung der Staatshaushalte Arbeits- und Ausbildungspilatze? Diese Regierung wird von den Gewerkschaften incht ausreichend Mittel bereitgestellt werden für überbetriebliche Ausbildungspilätze? Diese Regierung wird von den Gewerkschaften incht ausreichend Mittel bereitgestellt werden für überbetriebliche Ausbildungspilätze? Diese Regierung wird von den Gewerkschaften incht ausreichend Mittel bereitgestellt werden für überbetriebliche Ausbildungspilätze? Diese Regierung geführt hen, Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, daß der Lafontaine gestirzt und eine Hetzkampagne gegen Reformverbände tatenlos zusehen bzw. sie sogar unterstützen. Sie haben zugestimmt, daß das "Bündnis für Arbeit" beim ersten Treffen nach der Bundestagswahl in "Bündnis für Arbeit, Ausbildung

mit modernen Spra und via Medien. Di Mitte" ist tatsächlich e derheit Sprachhülsen n. Die "Neue hlich eine Min-

nicht die Mitte, sondern der Rand der Gesellschaft.
Bei den Europawahlen erlitten die Parteien von Blair und Schröder dicke Wahlschlappen, und sorgten für beachtliche Minusrekorde bei der Wahlbeteiligung. Als Wegbereiter der neuen Sozialdemokratie hatte Blair nun schon einige Jahre Zeit, New Labour zu präsentieren und damit zu regieren. Bei den Europawahlen erhielt New Labour, bei einer Wahlbeteiligung von 23%, die Stimmen von ganzen 11% der gesamten Wählerschaft. Ein gutes Stück des Weges ist also zurückgelegt. Die möglicherweise störende/n Wähler/ in hat man mittlerweile so nachhaltig von Parteipolitik

abgeschreckt, kaum noch schleppen möge Der gesamte l sie sic Wahlurr

schleppen mögen.

Der gesamte Brei von unte nehmer-orientierter Einheitspelitik wird erst dam aufgerüh wenn wir nicht mehr murret beiseite stehen, sondern unse Interessen in die eigenen Häde nehmen und eine neue politische Interessenvertretur aufbauen, eine neue Arbeite partei, die konsequent die Interessen der Masse der Bevökerung gegen die Interesse des Kapitals durchsetzt. D Millionen arbeitender und abeitssuchender Menschen sit das Zentrum der Gesellschal ohne die micht sinktioniert und nicht die kleine radika Minderheit von Millionäre deren willfährige Sprachroh Schröder und Blair sind.

Angela Bankert, Köln

graf, Schreiner, Gold- und Sil-berschmied oder Steinmetz in Köln so gut wie keine Chance hat. Man solle sich doch noch mal alle Berufe anschauen und ankreuzen, was noch annehm-bar wäre. Ich habe dann schließlich trotzdem keine ein-AbiturientInnen, (steht extra dabei), oder nur mit Führerschein ausgeschrieben sind, bleiben meist nur zwei übrig. Also geht man wieder zur Berufsberatung, wo einem dann, anstatt einer Beratung, mitgeteilt wird, daß man als Fotograf, Schreiner, Gold- und Silger,

te"- Hotline, anzuwählen, ohne jemals dort jemanden zu erreichen. Dann habe ich mir die Adressen von allen Schreinereien in Köln besorgt. Im März/April hatten alle, bis auf sechs, schon Auszuhildende oder nahmen gar keine. Das waren alles Stellen, die nie beim Arbeitsamt ausgeschrieben waren. Von den restlichen sechs war eine von hier ungefähr anderthalb Stunden entfernt und drei durften keine Frauen ausbilden, weil sie keine Frauen ausbilden, beiden habe ich mich beworben – ohne Erfolg. entpuppte. Weiterhin habe ich unzählige Male versucht die "100 000 Jobs für Junge Leu-te"- Hotline, anzuwählen, ohne

tikumsplatz, unentgeltlich n türlich, mit Chance auf ein Lehrstelle. Bis jetzt ist das d erste Ausbilder, der sich übe haupt auf meine Bewerbun hin gemeldet hat. Ich habe w der meine Bewerbungsunterl gen, noch eine Absage zurü bekommen. Wenn man b denkt, daß eine Bewerbung o 14-15 Mark (mit Foto, Mapp Porto und Kopien) kostet, i das Geld für 12 Bewerbung nicht wenig für jemand w mich. Wenn ich dieses Jal nichts mehr kriegen sollt kann ich ja schon mal anfar gen, für die Bewerbungskoste ien, der mit schwer vermitte baren Jugendlichen arbeite Dort habe ich jetzt einen Pra

Arbeitsamtes zur Stellensuche) noch gibt. "Eine Adresse als Steinmetz hätte ich noch, da habe ich aber schon 38 (!) Leute hingeschickt", lautet beispielsweise die Antwort, wenn man nachfragt. Drei Monate nach diesem ganzen Streß habe ich dann einen Brief vom Arbeitsamt bekommen, in den mir mitgeteilt wurde, daß ich jetzt in die Datei für Lehrstellensuchende aufgenommen sei. Es ist mir auch klar, daß es jetzt keinen Ausbildungsplatz für dieses Jahr mehr gibt. Des

amt bekommen hatte. Zuerst war ich oft beim Arbeitsamt, immer an diesen unnützen Computern, die angeblich alle offenen Ausbildungsstellen enthalten. Das sieht dann folgendermaßen aus: 25 Ausbildungsstellen zur Schreinerin, was nicht bedeutet, daß (man sich bei 25 Schreinern bewerben kann. Von den 25 Lehrstellen sind 15 Adressen im Computer, den Rest gibt es bei der Berufsberatung. Von 15 sind dann jedoch nur sieben in erreichbarer Nähe (Bonn ein-

Daß es im Moment schwierig ist, Ausbildungsstellen zu bekommen, dürfte ja jeder wissen. Ich suche jetzt seit Februar. Ich bin auch gar nicht so festgelegt. Nur irgend etwas Handwerkliches sollte es sein. Wie viele Bewerbungen ich bis jetzt geschrieben habe, kann ich nicht so genau sagen, vielleicht 12. Das ist eigentlich gar nicht so viel. Aber was ich ziemlich schnell feststellen mußte ist, daß das Problem nicht erst bei den Bewerbungen anfängt, sondern schon

Ceine Lenstelle

zu verhindern, wurden Serbien und Kosovo von der NATO
in Schutt und Asche gelegt.
Nach dem Rückzug der Milosevic-Truppen hat sich die
NATO nun als Besatzungsmacht im Kosovo eingerichtet, aber Brandschatzungen,
Vergewaltigungen und Vertreibungen und Elend gehen
weiter

Gaetan Kayitare, Aachen

deutlicher, daß die Kosovo-Flüchtlinge nur ein Alibi für die NATO waren, um ihre mi-litärische Kontrolle auf dem Balkan auszudehnen. Seit Wo-chen werden die serbische Minderheit, aber besonders Sinti und Roma, von Tellen der UCK-Truppen vor den Au-gen der NATO-Soldaten ver-trieben und ihre Häuser in Brand gesteckt. Jetzt, wo die militärische Kontrolle erreicht ist, interessieren sich Schar-ping, Schröder oder Fischer weder für das Schicksal der Mit jedem Tag wird eutlicher, daß die K

Serben noch für Sinti und Roma. Sie interessieren sich auch nicht mehr für traumati-sierte kosovo-albanische Kin-der oder für vergewaltigte Frauen, die während des Krie-

ges medienwirksam in Szene gesetzt wurden, um die Kriegsbeteiligung der Bundeswehr zu rechtfertigen.

Städte und industrielle Infrastruktur, (Kosovo und Serbien wurden schätzungsweise um zwei Jahrzehnte zurückgeworfen), wurden zerstört und ganze Landschaften zusätzlich zu den serbischen Minen mit Blindgängern von NATO-Bomben verseucht. Die Herren Politiker müssen sich aber um die für sie wichtigen Dinge kümmern, nämlich die Profite des deutschen Kapitals zu sichern. Mit Bodo Hombach als EU- Balkan-Verantwortlichem kontrolliert man den mit Steuergeldern gefüllten Geldtopf. Deutsche Unternehmer sitzen in den Startlöchern oder sind bereits im Kosovo, um sich beim Wiederaufbau den Löwenstell zu sichern. Das wenanteil zu s deutsche Kapital

n Polen, Slowenie en und Kroatien.

hen genießt es gewissermaßen Heimvorteil auf dem Balkan. Es ist auch nicht verwunderlich, daß Gerhard Schröder der erste westliche Politiker ist, der die neue "Kolonie" bereist.

Die Rüstungsindustrie und Waffenhändler haben sich vor Freude während des Krieges die Hände gerieben. Allein der Ersatz der abgefeuerten Munition ist ein Milliardengeschäft. Bezahlen tut der Steuerzahler, mit anderen Worten die Arbeiterklasse. Die Kriegsgewinnler, die schließlich die Zerstörungen verursacht haben, sollen auch dafür geradestehen! Sie haben auch Geld genug, um die geschätzten 300 bis 800 Milliarden DM für den Wiederaufbau zu bezahlen.

Kein Frieden

Der NATO- Sieg bedeutet alles andere als eine friedliche Zukunft auf dem Balkan. Die Kosovo-Albaner haben jahrelang für einen unabhängigen

litten. Bald werden sic indaß die Besatzer ausgetauscht worden sind, und sie werden Widerstand gegen die neue fremde Herrschaft beginnen. In einem Punkt waren sich NATO und Milosevic vor, während und nach dem Krieg schließlich immer einig: Abriehnung der Forderung der Kosovo-Albaner nach Unabriehnen.

hängigkeit.
Die Unfähigkeit des Imperialismus, die Kriegsschäden zu beheben und das Elend zu beseitigen, wird dem Nationalismus Munition liefern. Einige der UCK- Führer behalten sich nach wie vor das Recht vor, alle Albaner des Balkans in einem Großalbanien zu vereinen. Das betrifft nicht nur ein Drittel Mazedoniens, sondern auch Teile Griechenlands und Montenegros. Kombiniert mit der nationalistischen Politik und den Machtinteressen der anderen kapitalistischen Staaten, innerhalb und außerhalb der Region, ergibt sich eine gefährliche Gemengelage aus der neue Kriege zu entstehen drohen. Der Imperialismus wird bald merken, daß er sich am Kosovo verschluckt hat.

Milosevic hat ausgedient

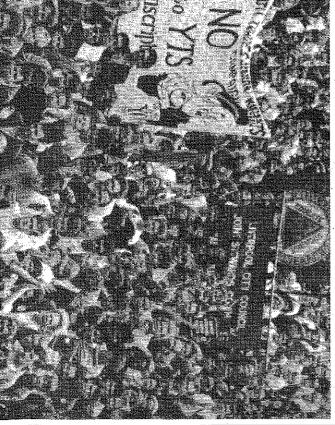
Traum von Großserbien, der einst seine Karriere begründete, ist endgültig ausgeträumt nach Niederlagen in Slowenien, Kroatien, Bosnien und nun in Kosovo. Für die serbische herrschende Klasse ist Milosevic nicht mehr nützlich. Der Westen, der ihn noch für den Friedensvertrag in Bosnien gebraucht hat, hält Ausschau nach einem möglichen Nachfolger. Die Proteste gegen Milosevic haben zwar zaghaft angefangen, weil die Masse der Serben noch vom Ausmaß der Zerstörung benommen ist. Die Die Überlebenschance des Milosevic-Regimes sind gering nach der Niederlage und Ver-lust des Kosovo und einem zerbombten Serbien. Der

Oppositionsführer sind zerstritten, allesamt pro-kapitalistisch und nicht weniger gangsterhaft als Milosevic. Zoran Djindjic, der am stärksten westlich orientiert ist, wird besonders von der Schröder- Regierung aufgebaut. Es ist schwierig zu sagen, wer die Nachfolge Milosevic antreten wird. Es ist nicht mal ausgeschlossen, daß der eine oder andere aus seinem Lager oder aus der Armee das sinkende Schiff verläßt und Machtanspruch erhebt. Die serbische herrschende Klasse wird zunächst keine eigenständige Rolle spielen können, und das Regime nach Milosevic wird westlich orien-

sozialistischer Republiken Freiwillige Föderation

Im Kapitalismus gibt es immer Nationalismus und ethnische Unterdrückung. Mit ihrer Politik des "Teile und Herrsche" brauchen die Kapitalisten den Nationalismus, um die Menschen zu spalten und so ihre Macht leichter zu sichern. Frieden und Sicherheit auf Dauer können nur erreicht werden, wenn das kapitalistische System abgeschafft wird. Der erste Schritt dazu auf dem Balkan ist der Wiederaufbau einer starken Arbeiterbewegung mit starken revolutionären sozialistischen Parteien. Kurzfristig scheint das wegen dem hochgepuschten Nationalismus extrem schwierig zu sein. Die Erfahrung wird zeigen, daß die kapitalistischen Regime, egal ob in Kroatien. Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, Serbien oder Kosovo, den Menschen auch in Zukunft nur Armut und Elend bieten. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter und armen Bauern des Balkans gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine freiwillige Föderation sozialistischer Länder des Balkans kann einen Ausweg bieten.

in der Labour Party für eine sozialistische Politik. Im Zuge der Rechtswende und Umwandlung in New Labour beschlossen sie, für den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei einzutreten und gründeten die Socialist Party, die britische Schwesterpartei der SAV.)



Deutsche Panzer in Prizrer

gibt ein Beispiel in der jüngeren Geschichte, wo Sozialisten gezeigt haben, was das in der Praxis heißt. Der folgende Artikel ist ein leicht Die SAV kandidiert in diesem Jahr in mehreren Städten bei Kommunalwahlen. Wir kämpfen für eine sozialistische Kommunalpolitik. Es gibt ein Beispiel in der jüngeren Geschichte, wo Sozialisch ORAN, Juli/August 1995

Schwesterorganisation der SAV, Militant, die Mehrheit in der Labour Party. Bei den Kommunalwahlen im selben Inhr trat sie mit einem sozialistischen Wahlprogramm an. Die Labour Party gewann die Wahl und stellte bis 1987 die Mehrheit im Liverpooler Stadtrat. In dieser Zeit wurden Reformen durchgesetzt, wie der Bau von 5000 Sozial-In der englischen Hafenstadt Liverpool war die soziale Krise schon zu Beginn der 80er Jahre besonders tief. Auch hier hatte die Regierung Thatcher in den Jahren seit 1979 die Kommunen für die Krise zahlen lassen. 1983 gewann die sozialistische Linke unter der Führung der britischen Schwesterorganisation wohnungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche für die städtischen Bediensteten, die Schaffung von 1000 neuen Ar-

beitsplätzen bei der Stadt anstelle der von den Liberalen geplanten 1000 Stellenstreichungen, die Schaffung von 100 neuen Lehrstellen sowie der Bau von Sportzentren und Kindertagesstätten.

Für diese Reformen hatte die Stadt "eigentlich" nicht genug Geld.. Doch der Stadtrat ließ sich nicht von der Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse abbringen und beschloß einen "illegalen", nicht ausgeglichenen Haushalt und forderte von der Thatcher-Regierung die fehlenden Gelder zurück. In den ersten Jahren war diese Politik erfolgreich und Thatcher mußte nachgebate.

Dies war nur möglich, weil der Stadtrat die aktive Unter-stützung der Arbeiterklasse und der Jugend in Liverpool, vor allem der Beschäftigten im

öffentlichen Dienst, hatte.
Die Politik des Stadtrates
wurde von der Basis der Labour Party, zu der die meisten
Gewerkschaften gehören, demokratisch bestimmt. In diesen sten von Militant, da Stadt sich zur Wehr mokratisch bestimmt. Jahren bewiesen die

kann.

Doch sie wußten auch, daß sie, auf sich alleine gestellt, die Thatcher-Regierung nicht Jahr

für Jahr zu Zugeständnissen zwingen können. Deshalb versuchten sie einerseits, den Kampf auf andere Städte auszuweiten und zweitens, ihn mit einem Kampf für die grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu vertieben.

die landesweite Führung Labour Party nicht mit-

machte, sondern gegen den Liverpooler Stadtrat vorging, wurde Liverpool isoliert und 1987 wurde der marxistisch geführte Stadtrat wegen eines erneuten illegalen Haushaltes durch Thatcher des Amtes ent-

(Zur Erläuterung: Die Soziali-sten um die Zeitung Militant kämpften bis in die 80er Jahre

Kein Geld?

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) beklagte sich Anfang Juli über die Zahlungsmoral der Geberländer für die Kosovohilfe. Es sei unglaublich, daß das UNHCR ständig gezwungen sei, zu "betteln", sagte der UNHCR-Sonderbeauftragte für Jugoslawien. 400 Millionen Dollar benötige man 1999 für die Kosovohilfe aber erst 140 Millionen Dollar seien bisher eingegangen

bisher eingegangen.

Zum Vergleich: Für den
Krieg gab die NATO nach vorsichtigen Schätzungen pro Tag
mindestens 120 Millionen Dollar aus, zusammen alen mind. lar aus, zusammen also minde stens 9.500 Millionen Dollar.



ATBUT Wachsende

Die Armut auf der Erde nimmt nach Angaben des Prä-sidenten der Weltbank immer

mehr zu.

1,3 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Nächstes Jahr werden es voraussichtlich 1,5 Milliarden sein. (Kölner Stadtanzeiger, 23.4.99)

Freie Atmung?

Nachdem Ende Mai ein Flüchtling aus dem Sudan bei seiner Abschiebung getötet worden war, hatte Bundesinnenminister Schily die vorläufige Aussetzung aller Abschiebungen angeordnet, bei denen mit Gegenwehr zu rechnen ist. In der Juni/Juli Voran schrieben wir, daß dieser Erlaß nur solange Gültigkeit haben würde, "bis die alltägliche Brutalität des deutschen Staatsapparates gegenüber" Flüchtlingen wieder in Vergessenheit geraten die Abschiebungen wieder aufgenommen werden. Man habe zuvor die Rückführungspraxis des Bundesgrenzschutzes in medizinischer und polizeifachlicher Hinsicht eingehend diskutiert. Eine Fachkonferenz, an der auch haben winster Schily teilnahm.

ferenz, an der auch Innenminister Schily teilnahm, habe u.a. zu folgenden Ergebnissen geführt:
"Bei Rückführungen ist unbedingt darauf zu achten, daß die freie Atmung des Rückzuführenden gewährleistet ist. Als Konsequenz wird ab sofort auf die Verwendung von Integralhelmen bei Rückführungsmaßnahmen verzichtet. Auch ist bei der Anwendung von körperlicher Gewalt – als Mittel des unmittelbaren Zwanges – dafür Sorge zu tragen, daß der Rückzuführende in einer Position verbleibt, die eine unbeeinträchtigte Atmung gewährleistet." des

(Pressemitteilung des desministeriums des vom 25.6.1999) s Bun-Innern

Immerhin geben Schily und seine Abschiebehelfer zu, daß der Mensch zum Leben Luft braucht. Ob er die auch noch haben wird, nachdem der "Rückzuführende" nach seiner Abschiebung in Folterstaaten wie der Türkei, Nigeria oder dem Sudan von der dortigen Polizei in Empfang genommen worden ist, scheert Schily

Gibt es eine Alternative zu dem bestehenden kapitalistischen Gesellschaftssystem? Ist eine Gesellschaftsform möglich, erreichbar und funktionsfähig, in der es keine Kriege, keinen Hunger, keine Armut und Arbeitslosigkeit gibt? Die SAV meint, ja, es gibt ein Gesellschaftssystem, jenseits von Kapitalismus und auch vollkommen anders als der Stallnismus, der vor bald 10 Jahren zusammengebrochen ist. Diese alternative Gesellschaftsform heißt Sozialismus. Was wir darunter verstehen sollen die zwei Artikel auf diesen Seiten erklären. Der erste Artikel besteht aus Auszügen aus dem Grundsatzprogramm der SAV, von den Mitgliedern diskutiert und beschlossen im April 1999. Der Artikel "Der Mensch – zu schlecht für den Sozialismus? ist ein Nachdruck daus der Voran Nr. 157 aus dem Jahre 1994.

rischen Stute zu.
Seit der Aneignung der Produktionsmittel durch eine Minderheit in der Gesellschaft, teilt sich die Menschheit in eine Ausbeuterklasse und eine ausgehentete Klasse. Die Geseheutete Klasse. "Der Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist so alt wie die Menschheit selbst. Der Mensch kann als Individuum auf sich allein gestellt, nicht überleben. Er ist ein gesellschaftliches Wesen. Von der Urgesellschaft, über Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus war der Wider-spruch zwischen Produktiv-kräften und Produktionsver-hältnissen ausschlaggebend für den Übergang von einer histo-rischen Stufe zur nächsten.

Neuzeit. Die enorme Entwicklung der Produktivkraft im Kapitalismus hob die Menschheit auf die Stufe der Überflußproduktion und schuf damit die materiellen Voraussetzungen schichte der Menschheit ist seither die Geschichte von Klassenkämpfen. Dieser Kampf war gekenn-zeichnet von Sklavenaufstän-den des Altertums, von großen Bauernkriegen im Mittelalter, von bürgerlichen Revolutionen ne Entwick-

von Ausbeutung, Klassenherrschaft. frei

Kapitalismus bedeutet

Vor mehr als 150 Jahren hat Marx festgestellt, daß im Kapi-talismus Armut bei gleichzeiti-gem Überfluß unvermeidlich rung an Jahreseinkommen.
Dem privaten Reichtum in den
Händen weniger steht eine gigantische Staatsverschuldung
von über 33.000 Milliarden
Dollar oder 130% dec Dtionale Konzerne kontrollieren 90% des Weltmarktes: Nach UNO-Angaben hatten 1998 die 358 Reichsten der Welt fast soviel Vermögen wie die arme Hälfte der Weltbevölkeollar oder 130% de landprodukts aller berfluß unvermeidlich eute ist der Gegensatz n Reich und Arm tau-l größer. 500 multina-Konzerna 1-

Kapitalismus keine andere Möglichkeit der Existenzssi-cherung als den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Aber selbst diese Existenz als Ausgebeutete wird ihr durch die Krise des Syden der Steind eine Krise des Syden der Stein der St gegenüber.

Die Arbeiterklasse hat im keine andere entzogen. Offiziell sind liarde oder 30% der Men-

Trinkwasser und Böden, atomare Unfälle untergraben die Lebensqualität und die natürlichen Grundlagen menschlicher Zivilisation. Anfang diesen Jahrhunderts sprach Rosa Luxemburg als Alternative für die Menschheit von Sozialismus oder Barbarei. Am Ende des 20. Jahrhunderts heißt sie Sozialismus oder Untergang der gesamten Zivilisation in der atomaren oder ökologischen Selbstzerstörung. Die Widerspriche des Vanitation seit Anfang dieses Jahrhunderts ausgespielt. Sein Niedergang kam am krassesten zum Ausdruck durch den Faschismus, zwei Weltkriege, durch ununterbrochene Kriege und Bürgerkriege in der Zeit zwischen und nach den Weltkriegen, durch Superausbeutung und Unterdrückung der Massen in der kolonialen und später ex-kolonialen Welt, durch Hungerkatastrophen, Umweltzerstörung und elende Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung, die unter kanter ex-kolonialen Welt, durch Hungerkatastrophen, Umweltzerstörung und elende Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung, die unter kanterier Widersprüche des mus verschärfen kommen immer zum Ausbruch. Kampf für Sozialismus Der Kapitalismus hat seine historisch fortschrittliche Rolle er Bevölkerung, ate er Bedingungen Bedingungen Kapitalis-sich und

pitalistischen Bedingunge lebte und lebt.

Das 20. Jahrhundert geht die Geschichte ein als der B ginn des Übergangs zum S.

gung fest verankert. Der Wunsch nach Beendigung der kapitalistischen Macht und Ausbeutungsverhältnisse kam nach dem ersten und zweiten Weltkrieg weltweit in revolutionären Wellen zum Ausdruck Die russische Revolution 1917 schlug ein neues Kapitel in der Menschheitsgeschichte Fast das ganze Jahrhundert hindurch war die Idee des So-zialismus im Bewußtsein der fortgeschrittenen und organi-sierten Teile der Arbeiterbewe-gung fest verankert. Der ndbesitzer und Kapita

rung, die es jemals gab. Wegen des Verrats der Führungen der Sozialdemokratie an den Revolutionen in Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien blieb der erste Arbeiterstaat der Welt isoliert und wurde durch den Einmarsch von 21 imperialistischen Armeen in einer listen wurden bürgerlich-zaristische Staatsapparat zerschlagen. Für kurze Zeit hatten die Arbeiter in Form einer Räte- oder Sowjetdemokratie die Macht. Das war die demokratischste Regiedie demokra nen mehrjährigen-verwickelt.

Ursachen für Stalinismus

Unter diesen katastrophalen Verhältnissen mußte es zu einer Konterrevolution kommen. Diese fand in Form der Errichtung einer Diktatur der Bürokratie unter der Führung von Stalin statt. Sämtliche politischen Gegner wurden ausgeschaltet, Millionen ermordet. Die Revolution war entartet. Von ihren Errungenschaften blieb nur noch das Staatseigender tum an Produktionsmitteln, o Außenhandelsmonopol u die Planwirtschaft unange stet. Politisch war die Arbeit

zweiten Weltkrieg der Kapitalismus gestürzt wurde, wurden stalinistische Staaten nach dem Vorbild der Sowietunian Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft über die kapitalistische Anarchie. Die Sowjetunion wurde innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer Welt-Vorbita der sowjetunion Staatseigentum an Produkti onsmitteln mit totalitärer Ein parteien-Diktatur. Seine jahr zehntelange Stabilität erhiel der Stalinismus durch die Sowjetunion: an Produkti-

on white zu einer Weltmacht, die den Imperialismus im zweiten Weltkrieg und danach in Schranken wies.

Im Laufe der Entwicklung wurde die Bürokratie eine immer größere Bremse für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt, weil Bürokratie immer bedeutet: Fehlplanung, Mißwirtschaft, Staaten ist nicht die Planwirtschaft gescheitert, sondern die Bürokratie. Gefehlt hat nicht der Markt, sondern Arbeiterde Fehlplanung, Mißwirtschaft, Korruption, Vetternwirtschaft, Erstickung von Initiative und Kreativität. In der DDR und in den anderen stalinistischen

Gegen Stalinismus

Stalinismus stützt sich auf Analyse und Programm von Trotzki und der Linken Opposition in den 20er und 30er Jahren. Sie haben die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt, gegen Bürokratisierung und Stalinisierung gekämpft und haben dafür mi dem Leben bezahlt. Für Trotz ki war die Sowjetunion unte Stalin ein deformierter Arbei schaffen wurden, rischen Interesse terstaat. "Arbeiterstaat" abe nur insofern als Kapitalismu und Großgrundbesitz gestürz nder handelte, ar das kapitalistisc r das kapitalistische Privat entum abgeschafft war r die Wirtschaft vollkom unseren Au d der Welt ge Bürokraten kratisch von einer Schicht privile-okraten gelenkt Augen ist kein elt bisher soziali-n, da es sich um Ablehn

gelwirtschaft besteht, eine bürokratische Elite an der Macht ist und die arbeitende Bevölkerung politisch entrechtet ist, kann von einer Entwicklung hin zum Sozialismus keine Rede sein. Sozialismus kann nicht in einem Land allein aufgebaut werden, wie Stalinisten immer behaupteten. Sozialismus knüpft am höchstentwikkelten kapitalistischen Niveau der Produktivkraftentwicklung an. Der Kapitalismus hat durch weltweite Arbeitsteilung und ökonomische Integration einen Weltmarkt geschaffen. Sozialismus kann daher auch nur international verwirklicht werden, denn die materiellen Voraussetzungen sind nur international, nicht aber in einem sinzalren Land und schen der duktionsmitteln ist zwar eine notwendige, aber keine hinrei-chende Voraussetzung für So-zialismus. Solange eine Manklasse sind. Das Staatseigentum an

werden durch demokratische Wahlen besetzt. Alle Funktionäre sind jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig.

Kein Funktionär darf aufgrund seines Amtes in den Genuß materieller Privilegien kommen; keiner darf mehr einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. gierte und verantwortungsvo Leute zu finden, die geg FacharbeiterInnenlohn und Teil ihrer Arbeitszeit die (sellschaft verwalten. Der Sozialismus würde Menschen weltweit von E stenzängsten und allen am ren Angsten und Zwängen, ihnen der Kapitalismus hei auferlegt, befreien. Kriege si in einer sozialistischen W ausgeschlossen, weil es kei kapitalistischen Konkurrei mem Widerstand geg Unterdrückung gibt. Der v der Gesellschaft produzie Überfluß erlaubt jedem na seinen Fähigkeiten zu arbeit d.h. soviel er kann und m und jedem nach seinen I ausgeschlossen, weil es kei kapitalistischen Konkurren Kapitalistischen Konkurren Kämpfe oder andere Mac kämpfe unter den Herrschunden und auch keine Notwudigkeit mehr von gewalt mem Widerstand gegen weiter der State und jedem nach seinen I dürfnissen zu konsumier d.h. unabhängig von der gel steten Arbeit. renamtlich in Gewerkschaft Bürgerinitiativen, Selbsthil organisationen, Hilfsorgani

In einer sozialistischen W wird kein Platz für Rassisn und Nationalismus noch Sandores Sando j 3 WATE STATE

Die Idee des Sozialismus ist international: Kollegen aus Sri Lanka auf der diesjährigen 1.Mai Demo in Köln

tige Scheindemokratie muß ab-gelöst werden von echter De-mokratie. In einer Arbeiterde-mokratie müssen auf allen Ebenen in der Gesellschaft de-mokratisch gewählte Gremien, oder Räte, aufgebaut werden, die nach folgenden Prinzipien darauf, al Kreuz auf Chefetagen machen. Die eigentlich gen Entscheidungen i Gesellschaft fallen i beschränkt Banken - ohne jegliche gesel schaftliche Kontrolle. Die he Stimm Demokratie ar Jahre ein

Alle Funktionen und Ämter

alle Parteien und Gruppen, au-Ber für Faschisten und Organi-sationen, die mit Gewalt die Diktatur einer Minderheit er-- Niemand erwitht einen Posten auf Lebenszeit. Die Verwaltungsarbeit wird allmählich von allen durchgeführt, begleitet durch Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung. Kein richten wollen. Durch die de-mokratische Mitwirkung jedes Mitglieds der Gesellschaft kann die schöpferische Ener-gie des menschlichen Indivi-Einparteiensystem, volle politische Fr Freiheiten

"Der Arbeitgeber braucht Dich, aber Du brauchst ihn nicht! (Plakat der revolutionären Bewegung in Frankreich 1968)

Mids Pas heson

bzw. die Notwendigkeit der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber unter kapitalistischer Herrschaft verwandeln sich diese Produktivkräfte in gigantische Destruktivkräfte. Dadurch wurde die Abschaffung des Kapitalismus zur historischen Aufgabe der Arbeiterklasse. Mit der Entwicklung

schen im erwerbsfähigen Alter weltweit arbeitslos oder unterbeschäftigt, davon 35 Millionen in den Industriestaaten der OECD. Obwohl die jährlichen Agrarüberschüsse ausreichen würden, um die gesamte Weltbevölkerung satt zu machen, sterben jährlich 40 Millionen an Hunger. Der Raubbau an der Natur und die Umweltverschmutzung nehmen globale

"Sozialismus ist theoretisch eine schöne Sache. Aber leider ist er in der Praxis nicht durchführbar, weil der Mensch von seiner Natür her dafür nicht geeignet ist. Der Mensch ist egoistisch, selbstsüchtig und immer auf seinen eigenen Vorteil aus."

Der Mensch hat verschiedene Seiten. Er kann sowohl seine Bedürfnisse auf Kosten anderer durchsetzen oder auch solidarisch und hilfreich sein. Welche Seite zum Vorschein kommt, ist von der Situation abhängig, von dem Gesellschaftssystem in dem er lebt. In diesem System wird die schlechte Seite mehr begünstigt. Schon in der Schule wird einem Ellenbogendenken beigebracht. Die Schüler treten durch das Zensurensystem in Konkurrenz zueinander, anstatt gemeinsam zu lernen. Höhepunkt ist das "Punkte-geiern" auf der Oberschule, um den Abitur-Schmitt zu verbessern.

Produktion im Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz zwischen den Unternehmen. Auf dem Weltmarkt gibt es einen harten Kampf um Marktanteile, der sich während einer Wirtschaftskrise noch ver schärft. Diese Produktionsweise braucht Menschen, die "ihr Land", "ihren Betrieb" gegen andere vertreten "Jeder gegen ieden" ist das Motto. Die durch das wirtschaftliche System geschaffene Wirklichkeit spiegelt sich auch in den Köpfen der Menschen widet, wirkt sich im Verhalten im Betrieb oder im privaten Bereich aus. is heutige Wirtschaftssynbraucht solche Leute. Die

der Menschheit besteht nur aus Kriegen, Machtkämpfen und Raubzügen. Er ist von Natur her kriegerisch veranlagt und nicht veränderbar."

Es hat wirklich eine Menge Kriege in der Geschichte der Menschheit gegeben - und gibt sie immer noch. Ob unter Königen oder Kapitalisten: es hat auch immer Kriegsgewinnler gegeben. Kriege sind um Machtinteressen, Rohstoffe Machtinteressen, Rohstoffe oder Marktanteile geführt worden. Nicht das unveränderliche "Böse im Menschen" hat Nazi-Deutschland in den II. Welt-

krieg getrieben, sondern die Profitinteressen von Krupp, Thyssen und IG Farben.
Der einzelne Mensch hat ein grundlegendes Interesse nach Ruhe und Frieden. Trotzdem sind, seitdem es Klassengesellschaften gibt, immer wieder Millionen in den Krieg geschickt worden. Die Alltäglichkeit des Mordens verändert natürlich auch das Denken vieler Menschen. Der Krieg in Bosnien hat viele Soldaten zu Killarn gemacht. Hie Alle Teren und Verstummeln Selbstzweck und Lebensinhalt ist. Doch dies ist nicht der Grund für den Krieg. Dahinter stehen handfeste Interessen der Herr-schenden in Serbien und Kroa-, für die 1 neln Selbstz

Dir

fünf Autos, drei Wohnungen und soviel Geld, wie er gar nicht ausgeben könnte."

Ende unerreichbat. In der ganzen Welt und auch in der ganzen Welt und auch in der Bundesrepublik gibt es immer mehr Arme, Arbeitslose und Obdachlose. Für sie geht es um ein halbwegs menschenwürdiges Überleben, nicht um Raffen von immer mehr. Das Einkommen der Unternehmer hingegen ist in Deutschland allein in den letzten zehn Jahren mehr als doppelt so stark angestiegen wie das der arbeitenden Menschen.

Für die Durchsetzung des Egoismus einer reichen Minderheit wird heute unsere Umwelt, unsere Gesundheit und unsere Zukunft geopfert. Wenn alle Menschen gleichberechtigt wären und keine Für die überwiegende Mehr-heit der Bevölkerung bleiben Wünsche nach Konsum ohne

rechtigt wären und ke Macht über den anderen h ten, würde keiner seinen E, ismus bis zum Exzeß auf I sten anderer befriedigen k

ter normalen Leuten denkt jeder nur an sich selber, keiner will was für den anderen tun. Wie die Geier versuchen sich zu raffen: "

Natürlich drängt der Überlebensinstinkt den Menschen zum Raffen. Schließlich muß er auch ständig damit rechnen, daß ihm etwas weggenommen wird. Doch nicht prinzipiell, um anderen zu schaden. Wenn an alle Haushalte kostenlos Kühlschränke verteilt würden, würde sich keiner, nur damit der andere keinen bekommt, drei oder

Ein Glas Wasser gibt man jedem, der darum bittet. Aber verständlicherweise verschenkt niemand aus Nächstenliebe

seine Wohnung.

Bei der Wohnungssuche geht
es schon lange nicht mehr gerecht und fair zu. Man muß zu

nettesten Menschen werden zu Bestien. Genauso auf dem Ar-beitsmarkt. Existenzängste und Mangel zwingen den Men-schen zu unsozialem Verhal-Mangel schen zi erdenklichen Mitteln greifen um eine zu bekommen. Die den ... em Verhal-

ten.

Es geht nicht darum, den Menschen zu tadeh und moralisch verändern zu wollen, sondern darum, den Mangel zu beseitigen. Der Sozialismus ist nicht nur notwendig, weil er gerechter ist als das heutige System, sondern weil er ökonomisch effektiver ist, weil er ökonomisch effektiver ist, weil er in der Lage ist, Überschuß zu produzieren, den Mangel zu beseitigen. Sozialismus ist nicht dazu da, alle Menschen erzieherisch zu bessern, sondern um die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Die Voraussetzung für den Sozialismus sind nicht "gute Menschen", sondern umd sozialen Grundlagen, um Menschen zu solidarischen Wesen zu machen zu solidarischen Wesen zu machen zu solidarischen Wesen zu machen

Osten gesehen. Dort ging es den Menschen bedeutend schlechter als uns! Dort wurde bewiesen, daß der Sozialismus nicht funktioniert."

lismus lag nicht am unveränderlichen Machstreben des Menschen, sondern an der wirtschaftlichen Rückständig-Schule oder beim Studium wird auf den einzelnen überhaupt nicht eingegangen. Alle haben den vorgeschriebenen, gleichen Stoff zu schlucken und abzuspulen.
Klamotten gaukeln Scheinin-dividualitiät vor Sie kosten viel Geld und werden nach mindestens drei Monaten von der Modeindustrie als unmodern According

Diese Perversion des ismus lag nicht am w

Sozia-

dern degradiert.

Im Kapitalismus wird auf die verschiedenen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen keine Rücksicht genommen Selbstverwirklichung ist eine Geldfrage. Nur einer kleinen Schicht wird die Möglichkeit gegeben, sich weiterzuentwikkeln. Im Sozialismus würden sicht alle dieichgemacht wer-

Die Marktwirtschaft ist heute in der Lage, Millionen vom Arbeiten abzuhalten und zum Nichtstun zu verdammen. Es

Eben! In den kapitalistische Conzernen gibt es vorge

stahlarber

Die Solidarität der Arbeiter ist Ausdruck ihrer gemeinsamen Interessen. Bergarbeiter demonstrieren für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Kohle und Stahl

gen Ostblockstaaten seitdem es dort Kapitalismus gibt um eini-ges schlechter als vorher. Zweitens hat es dort keinen Erstens geht es den ehemali keit der isolierten Sowjetunion nach der Revolution 1917. Die Verwaltung des Mangels machte die Verwalter zu Herrschern über andere Menschen. Die DDR und die anderen Ostblockstaaten waren Kopien des sowjetischen Stalinismus.
Es hat zwar eine staatliche Planwirtschaft gegeben, aber unter dem Kommando einer abgehobenen bürokratischen Diktatur. Es gab keine demokratische Kontrolle durch die Arbeiterinnen. Eine Planwirtschaft kann aber im Gegensatz zur Marktwirtschaft ohne Demokratie nicht leben. Die chaotische Kontrolle des Marktes muß durch eine bewußte Kontrolle, die Einbeziehung der Produzenten und Konsumenten, ersetzt werden, um die Wirtschaft zu entwikkeln und die Bedürfnisse zu

Natürliche Haßgefühle?

ernstes Problem dar, aber es besteht kein Grund, zu glauben, daß die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes, menschliches Merkmal ist. Wir sind wirtschaftlich egoistisch, weil wir alle im Schrecken vor der Armut leben. Aber wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Niemand versucht zum Belspiel die Luft aufzukaufen. Der Millionär, wie der Bettler begnügen sich beide mit genausoviel Luft, wie sie einatmen können. Dasselbe mit Wasser, in diesem Land sind wir nicht von Wassermangel geplagt... Die Folge davon ist daß Wasser kaum in unser Bewußtsein dringt. Aber was für Erfersüchteleien, was für Haßgefühle, was für entsetzliche Verbrechen doch, der Mangel an Wasser in verdoriten Ländern wie Nordafrika verursachen kann! Dasselbe gilt auch für jede andere Art von Gütern. Wenn man es so einrichten könnte, daß es sie im Überfluß gabe, was man sehr leicht tun könnte, besteht kein Grund zur Annahme, daß die angeblichen habgierigen Instinkte der Menschen nicht in ein paar Generationen wegerzogen werden könnten. Und wenn sich schließlich die menschliche Natur nie ändert, wie kommt es dann, daß wir nicht nur keinen Kannibalismus mehr betreiben, sondern es nicht einmal wollen?" (George Orwell, engl. Sozialist, 1944).

vier in die Küche stapeln. Nur wenn Mangel auftritt, entsteht Streit, Ärger und Habgier. Auf Feten, wo zuwenig Bier ist, geht es meistens etwas hekti-scher zu, als wenn genug für alle da ist. Entweder man trinkt schneller oder man versucht,

Sozialismus gegeben. Auch dort konnte eine kleine Schicht von Bürokraten und Funktionären ihren Egoismus auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung ausleben. Um ihre Privilegien und ihren Lebensstandard zu sichern,

Unternehmern geschätzt 400 000 Tonnen Müll s melt worden. 40 000 Tonnen, wie von Unternehmern geschätzt

von den itzt, sind l gesam-

"Der Mensch

gegeben, sich weiterzuentwak-keln. Im Sozialismus würden nicht alle gleichgemacht wer-den. Alle würden die gleichen Möglichkeiten bekommen, ihre Talente und Fähigkeiten von Natur aus andere betrügen und übervorteilen. Er wird alles daransetzen zu verhindern, daß es seinem Nachbarn besser geht. Er läßt sich gegen andere aufhetzen und diskriminiert Menschen, die anders sind als er."

her ist der Mensch
her ist der Mensch
her faul und träge.
Ohne Konkurrenz und Leistungsdruck würde er faul
und unproduktiv werden. Nur
die Marktwirtschaft ist in der
Lage, den Menschen zum Arbeiten zu motivieren, da sie
ihn nach Leistung bezahlt."

Allerdings hat selbst die ostdeutsche Sozialismus-Karikatur trotz aller polizeistaatlichen Spitzelei - in einigen Bereichen die Beziehungen zwischen den Menschen
"vermenschlicht". Viele Ossis merken heute, was kapitalisti-sche Konkurrenz bedeutet, wie persönliche Beziehungen im Konkurrenzkampf um Ar-beitsplätze zerstört werden. grundverschiedene Individuen. Darüber kann man nicht einfach hinwegsehen und alle über einen Kamm scheren. Der Sozialismus will die Menschen aber gleich machen. Das kann nicht funktionie-Nichtstun zu verdammen. Es ist ein Gerücht, daß man in diesem System nach Leistung bezahlt wird. Oder leistet eine

"Menschen

sind

Konzernen gibt es vorge-schriebene Anfangszeiten und Stempeluhren. Die Arbeiter-ei-ner Firma haben meist alle den gleichen Anzug an, blau oder grau. Arbeiten sollen wir wie Maschinen, alle gleich schnell und fehlerlos. Auch die Freizeitgestaltung sieht man-Zahnarzthelferin mit 1500,DM netto zehnmal so wenig
wie ein Abgeordneter im
Landtag? Oder ein Durchschnittsangestellter 25mal so
wenig wie ein Manager? Motivierend ist dieses System noch
nie gewesen, der Druck bringt
die Leute dazu, täglich wieder
auf der Matte zu stehen.
Wenn der Mensch denkt, daß
sein Tun notwendig ist, ist er
auch bereit, Leistung zu erbringen. Das sieht man an den
zigtausend Verbänden, Vereinen und Initiativen, in denen
Leute sich engagieren, ohne
einen Pfennig Geld dafür zu
sehen. Ein Beispiel ist auch
der "Grüne Punkt". Obwohl es
aufwendig ist, haben Millionen

keine Minute länger existieren. Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Minderheit über die Mehrheit herrscht. Damit das funktioniert, muß diese Minderheit alle Mittel einsetzen, um die Mehrheit zu spalten in Ausländer, Inländer, Alte, Junge, Frauen, Männer, Arbeitslose, Arbeitplatzbesitzer, Arbeiter, Angestellte oder Beamte. Wenn dies die einzigen Eigenschaften des Menschen wären, sähe es düster aus Doch der Mensch ist in erster Linie ein soziales Wesen. Wenn dies nicht so wäre, würde die Gesellschaft sofort zusammenbrechen, sie könnte Sie muß Mißtrauen säen und versuchen, die Leute gegeneinander ausspielen. Denn die Solidarität unter der Mehrheit würde den Untergang der Herrschenden bedeuten. Da Unternehmer und Regierung die Probleme in ihrem eigenen System nicht lösen, sind sie dazu gezwungen, Krisen auf Kosten der arbeitenden Menschen auszutragen

schen auszutragen.

Schen auszutragen.

Der Egoismus des Menschen in Existenzangst mag Ausgangspunkt von barbarischen Handlungen sein. Aber wenn die Masse der Bevölkerung ihre gemeinsamen Interessen kennt, wird ein "gemeinsamer Egoismus", ein Klassenbewußtsein entstehen, der es möglich macht, eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, in der der Mangel beseitigt ist, in der niemand Profite durch Kriege oder unterlassenen Umweltschutz erzielen

Kim Opgenoorth, Köln

Nigeria

bewaffnete Gang das Campus von der Obafemi Awolowo Universität (OAU) in Ilelfe, Osun State. Ihr Ziel war die Ermordung von radikalen Studenten sind mit Schüssen getötet worden, weitere sind schwer verletzt. Zwei von Ihnen starben am Montag im Krankenhaur. Um ca. 4.30 Uhr, Samstag früh, am 10. Juli, stürmte eine

Unter den Ermordeten befinden sich George Iwilade, Generalsekretär der Studierendengewerkschaft und Tunde Oke, 21-jähriger Aktivist und Mitglied der DSM (democratic socialist movement/demokratische sozialistische Bewegung).

Lanre Adeleke (Präsident der Studierendengewerkschaft und führendes Mitglied der DSM) konnte den Todesschüssen nur France antherwere

gangenen Jahren immer wieder Kampagnen gegen diese rechten reaktionären Sekten organisiert. Gerade die Studentlanen der OAU haben es diesen Mörderbanden sehr schwergemacht, einen Fuß in die Uni knapp entkommen.

Die Mörder sind Mitglieder einer staatstreuen und geheimen Sekte. Die Studierendengewerkschaft hat in den vergangenen Jahren immer wiegemacht, einen zu bekommen.

Sofort in die Offensive

wurden in ihren Schlafsäcken schlafend erschossen, haben die Studierenden eine Parole verbreitet: "ohnmächtige Trau-er in Stärke verwandeln". Sie sind sofort in die Offensive geh den feigen Morden an studierendenaktivisten, sie en in ihren Schlafsäcken

gangen.
Nach dem sie die Nachricht gehört haben, haben Studierende vor den drei nationalen Fernsehsendern und der Tageszeitung von Lagos protestiert. Die Protestaktionen wurden in allen Abendnachrichten gesendet. Tagelang war es Thema in den Medien. Die

Studierenden wurden zu LiveDiskussionen und Talkrunden
eingeladen. In mindestens drei
landesweiten Zeitungen wurde
die Stellungnahme der DSM
abgedruckt. Dieser Vorfall
wird in Nigeria mit der Frage
verbunden, wie demokratisch ist das neue Nigeria seit dem Ende der offenen Militärdikta

tur Ende Mai?

Der Universitäts-Vizepräsident und andere offizielle Vertreter der Universität halten sich versteckt vor der Öffentlichkeit – aus Angst vor der Wut und dem Zorn der Studierenden. Es besteht ein sehr großer Verdacht, daß der Angriff vom Vizepräsidenten der OAU-Universität unterstützt wurde. Dies wurde von einem der verhafteten Tatverdächtigen zugegeben. Sein Geständnis wurde auf Band aufgenommen.

Chatami

Die Studierendengewerkschaft hat in den letzten vier
Jahren mit den Universitätsautoritäten über die Weigerung
der Wiederaufnahme von zehn
ausgeschlossenen linken Studentenaktivisten in Auseinan-

demokratische Leitung des Schulsystems von gewählten Repräsentanten durch Studierende und Personal, das Recht zur Organisierung von unabhängigen Studierendengewerkschaften, die Wiedereinstellung der ausgeschlossenen Studierendenaktivisten, verbesserte Sozialeinrichtung und kostenlose, freie Ausbildung mit hoher Qualität auf allen dersetzung gestanden.
Die Forderungen der Studierenden sind Rücktritt des VizePräsidenten, die Inhaftierung
und Prozess gegen die Mörder
und ihre Unterstützer und die
Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungskomitees,

Auszüge aus einer Er-klärung der DSM (De-mokratische Sozialisti-sche Bewegung)

Pressezensur protestierten. Bei diesem Angriff wurden minde-stens fünf Studierende von den islamistischen Terrorbanden Auslöser für die tagelangen Proteste und Straßenschlachten war ein von der Polizei aktiv

re Städte wie Isfahan, Täbriz, Schiraz, Rascht, Orumije und Meschhed aus. Am 13. Juli nahm die Bewegung militantere Formen an, als einige der StudentInnen, aus Enttäuschung über die Reaktion der Offiziellen versuchten, das Innenministerium zu stürmen, die angenommen Quelle ihrer Probleme. Auch die Forderungen der Studierenden blieben nicht auf die Entlassung und Verurteilung der für den Polizeiterror Verantwortlichen beschränkt. Sie stellen demokratische und soziale Forderungen, die die Herrschaft der Mullahs (religiöse Führer) letztlich in Frage stellen.

Hintergrund ist die neue Situation seit dem Wahlsieg Chatamis bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1997. Damals hatte eine überwältigende Die Bewegung breitete sich schnell von Teheran auf andere Städte wie Isfahan, Täbriz, re Städte wie Isfahan, Tübriz,

gerichtet. Chatamis Reaktion führte unter den Studierenden zu Diskussionen darüber, ob das System mit Chatami von innen heraus reformiert werden kann, oder ob eine Revolution notwendig ist, die das gesamte klerikale Establishment wegfegt. Die Rolle Chatamis und massiye Repression und Einschüchterung haben vorerst zu einer Unterbrechung der Bewegung geführt. Aber die Schwäche des Regimes ist plötzlich offensichtlich geworden. Zu Beginn der Proteste versuchte nicht nur Chatami, sondern auch Chamenei, der die gegen ihn kämpfenden Studentinnen "meine Kinder" nannte, sie panisch mit kleineren Zugeständnissen und verbaler Unterstützung zu beruhi-

gen.

Diese Bewegung war nur derste offene Aufflackern dernanischen Revolution.

Mit der Parole "Freiheit oder Tod" erschütterten im Juli Studierende im Iran das islamistische Terrorregime.

tterstützter brutaler Angriff r Ansar-e Hisbollah ("An-inger der Partei Gottes" -ne reaktionär-islamistische rtei der Regimeunterstützer) f Studierende, die gegen Studierendenproteste im Iran

seitdem enttäuscht.

Auch bei den Studierendenprotesten zeigte Chatami, auf wessen Seite er wirklich steht. Er warf den StudentInnen vor, den Rahmen zu sprengen und forderte sie auf, die Proteste einzustellen und sich an die Gesetze zu halten. Doch gerade gegen diese undemokratischen Gesetze war die Revolte Stimme gegeben, um gegen die reaktionärsten Teile der theokratischen Elite um den "geistlichen Führer" Chamenei zu protestieren. Die Hoffnungen und Erwartungen und auch das Selbstbewußtsein der Massen sind seit dieser Wahl enorm angestiegen. Chatami, der ängstlich darauf bedacht ist, keine Bewegung für grundlegende Veränderungen loszutreten, hat viele Hoffnungen Mehrheit der IranerInnen, von allem Frauen und Jugendliche, dem "Reformer" Chatami ihre



Studierenden werden darau die Schlußfolgerung ziehen daß sie den "Reformern" im Regime nicht trauen können Der Aufbau eigener demokratischer Organisationen der Jugend gemeinsam mit der Arbeiterschaft und die Entwicklung einer demokratisch-sozialistischen Alternative zum klerikal-kapitalistischen Regime im Iran sind notwendig.

Mahmoud Bakhtyar Köln

TOGESUITE SESSEN Abdullan Ocalan Interview mit einem türkischen Sozialisten

Über das Todesurteil gegen Öcalan und die schwierige Situation für die Arbeiterbewegung und die Linke in der Türkei und Kurdistan sprach VORAN mit Özgür B., einem Sozialisten aus Istanbul. Das Interview führte Claus Luderstens kein Frieden erreicht und zweitens werden die kurdische Bewegung und ihre Unterstützer in der Türkei, die gegen die Unterdrückung kämpfen, demoralisiert. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß vor allem die Guerilla-Führer anders darüber denken, aber offiziell steht die Führung der PKK noch hinter Öcalán. Trotz dem teilweisen Unverständnis über seine Äußerungen vor Gericht ist er immer noch ein nationales Symbol für die Kurden, dem sie Respekt entgegenbringen.

Solidarität mit

Lanre Arogundade

wird das Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vollstreckt werden?

Niemand kann das zur Zeit mit Sicherheit sagen. Allerdings gibt es viele Anzeichen dafür, daß es vollstreckt wird. Die konservativen Parteien ANAP und DYP sowie die islamistische FP sind dafür. Für die faschistische MHP ist die Situation sehr günstig. Sie fordert eine offene Abstimmung im Parlament, um "Verräter", die gegen die Hinrichtung stimmen, von den "echten Patrioten" unterscheiden zu können. Bürgerliche Journalisten, die in der Presse geschrieben haben, man solle das Thema nicht "so emotional" diskutieren und die politischen Folgen überdenken, werden von der MHP als "deutsche Agenten" beschimpft. Die Partei von Ministerpräsident Ecevit, DSP, ist eigentlich gegen die Todesstrafe, aber schon haben einige DSP-Politiker sich dafür aussesnen. Sie sagen. gesprochen. Sie sagen, Öcalans Fall sei einmalig. Die Stimmung in der Bevölkerung ist für eine Hinrichtung Die meisten Organisationen schweigen. Ihr Schweigen verschlimmert allerdings die Situation. Die Führung der ÖDP weigert sich zum Beispiel, die kurdische Frage aufzugreifen und die Gefahr zu benennen, die durch die Stärkung der offenen Faschisten entsteht. Sie fürchtet die Armee. Die staatlientgegenbringen Wie greift die türkische Lin-ke den Fall Öcalan auf?

Unterdrückung e echte Gefahr,

Die Tradition der Studierendengewerkschaft der Obafemi Awolowo Universität (AOU) ist besonders kämpferisch. Hier begann die Entstehungsgeschichte der nationalen Studierendengewerkschaft. Viele der national bekannten Studentenaktivisten sind an dieser Universität politisch aktiv geworden, so auch Lanre Arogundade, der jetzige Vorsitzende der Journalistengewerkschaft in Lagos und Mitglied im DSM, Schwesterpartei der SAV in Nigeria.

Lanre Arogundade (Voran berichtete in der letzten Ausgabe) wurde im April verhaftet und ohne Hinweise, die die Anklage stützen des Mordes beschuldigt. Ihm droht die Todesstrafe, Lanre ist in ganz Nigeria bekannt als einer, der für Freiheit und Sozialismus steht. In den letzten Wochen gab es eine Veranstaltung, wo 4-5.000 Menschen kamen nur um ihn sprechen zu hören.

Mehrere Organisationen, neben dem CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale), dem die SAV angesschlossen ist), die Internationale Föderation der Journalisten, Journalistengewerkschaften von Nigeria, GB und Schweden und Bürgerrechtsbewegungen konnten mit einer Solidaritätskampagne erreichen daß er nach 20 Tagen Gefangenschaft freigelassen wurde. Die Anklagepunkte wurden jedoch nicht zurückgenommen. Sein Leben ist nach wie vor bedroht.

Was denkst Du über das Verhalten Öcalans vor Ge-

Die nigerianischen Studierenden brauchen dringend internationale Solidarität und finanzielle Hilfen. Protestaktionen in ganz Europa sind geplant. Schreibt Protestbriefe an die Botschaft der Bundesrepublik Nigeria, Goldbergweg 13, 53177 Bonn, Fax (0228) 32 80 88 und schickt Kopien der Briefe an die Redaktion Voran, Hansaring 4, 50670 Köln. Spenden an Kontonr.: 20 77 27 9, BLZ 370 400 44. Kennwort: "Nigeria-Solidarität" Türkei als publik" l Öcalan hat gesagt, er wolle dem Staat dienen" und hat die Urkei als "demokratische Re-

wäre nötig, etwas zu tun. Linke Mitglieder der ÖDP haben vor der Wahl vorgeschlagen, ein Wahlbündnis mit der kundischen Partei HADEP und anderen linken Parteien einzugehen, aber die ÖDP-Führung fürchtet um ihre Respektabilität. Sie entwickelt sich mehr und mehr zu einer linksliberalen Partei und weg von einer sozialistischen Arbeiterpartei.

Das gute Wahlergebnis für die HADEP (über 4 Prozent) trotz Einschüchterung und Wahlfälschung zeigt jedoch das Potential der kurdischen Bewegung. Ein gemeinsamer linker und kurdischer Block hätte noch mehr erreichen können.

ke gemeinsam gegen die Faschisten steht, anstatt deren Erfolge totzuschweigen. Die MHP ist nicht einfach nur eine rechtspopulistische Partei, sie ist eine klassische faschistische rechtspopulistische ist eine klassische fa Partei. Jetzt ist es nötig, daß die Lin-ke gemeinsam gegen die Fa-schisten steht, anstatt deren Er-folge totzuschweigen. Die

Die Regierung will jetzt das Rentenalter massiv herauf-

setzen. Wird es zu sozialen Protesten kommen, die eine Perspektive für die Wieder-

Perspektive für die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung bieten?

Das kann man noch nicht sagen. Es gibt schon Proteste, doch die Gewerkschaftsführer haben erst einmal gebremst und die Proteste zersplittert und sehr spät organisiert. Einige Gewerkschaftsführer sind selber noch nicht einmal auf den Demonstrationen aufgetaucht. Es kommt darauf an, wie stark der Druck der Basis ist.



Warum ich SAV-Mitglied geworden bin



weniger Steuern bezahlen müssen und ständig neue Rekordgewinne erzielen, müssen Sozialhilfeempfänger mit immer weniger Geld für immer mehr Kosten auskommen, weil diese ja gefälligst ihre "Ansprüche an den Staat runterschrauben" sollen. Seit einigen Jahren beobachte ich die Politik und kriege fast nichts anderes mit, als ständige Kürzungen in fast allen Bereichen. Während Großkonzerne und Industrie immer

Es ist gleich, welche der etablierten Parteien die Regierung bilden, das Resultat ist immer dasselbe: Kürzungen bei den Schwächsten, Steuersenkungen für die Oberschicht.

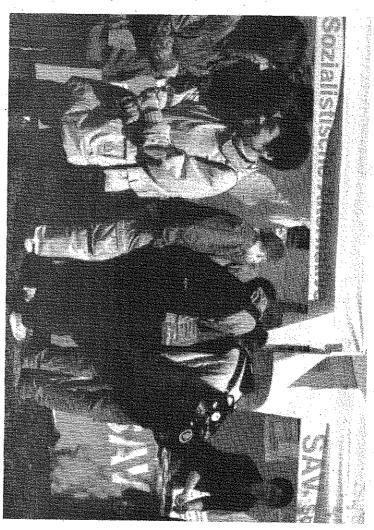
Die sogenannten "Volksvertreter" sind nichts weiter als Marionetten des Kapitals und setzen nur die Interessen der herrschenden Klasse durch und erzählen uns seit Jahren, daß es der Industrie besser gehen muß, damit es uns allen gut geht.

gleichzeitig hunderte von Millarden in die Industrie fließen für Projekte von denen die Mehrheit nichts hat (Euro-Fighter, Transrapid und viele mehr). Ich bin Mitglied geworden, weil ich möchte, daß die Macht vom Volke ausgeht und weil ich nicht möchte, daß eine kleine Minderheit über die breite Masse der Bevölkerung herrscht. Auch weil ich nicht mehr hören kann, daß "Gelder fehlen", während delechzeite burdet weil während

Weil ich auch nicht tatenlos zusehen möchte, wie der Staat seine rassistische Ausländerpolitik durchzieht und den flüchtigen Menschen zu einer Kostenfrage reduziert und er deswegen oft nicht bleiben darf, nicht arbeiten darf, kriminalisiert wird, abgeschoben wird, ab und zu auch mal "aus Versehen" ums Leben kommt, oder gelegentlich in dem Land aus dem er geflohen ist für immer verschwindet.

Mißstände und vor allem gegen den Verursacher, den Kapitalismus, organisiert vorzugehen, indem man Gegenwehr mobilisiert, Solidarität entwikkelt und Sozialismus erkämpft. Die SAV steht für internationalen Widerstand, für eine Arbeiterpartei die vor allem auf außerparlamentarische Opposition setzt und Sozialismus als Ziel hat.

Nima Sorouri, 21 Jahre Zivildienstleistender



Auf großes Interesse stießen die Infostände der SAV beim Kommunal-Wahlkampf in Rostock

wir das uns selbst gesteckte Ziel von 300 Stimmen in ganz Rostock weit übertroffen. Wir erreichten 859 Stimmen, Das sind 0,5 Prozent der Wählerlnnen. Da jeder Wähler und jede Wählerin drei Stimmen abgeben konnte, haben uns nen gewählt. Am 13. Juni hat die SAV Rostock bei den Kommunalwahlen kandidiert. Dabei haben onnte, haben uns 400 Rostockerin-

Ronald Luther, SAV

In unserem Wahlkampf haben wir uns besonders auf drei Stadtviertel konzentriert, wo unter anderen besonders viele Jugendliche, ArbeiterInnen

geobjekte eintraten. Wir verbanden unseren Wahlkampf mit dem Kampf gegen den Krieg und nahmen an den täglichen Kundgebungen für Frieden auf dem Balkan teil. Nur durch unser Eingreifen konnte am 2. Juni durch eine Sitzblokkade verhindert werden, daß programme verkauft und über 1.500 Faltblätter verteilt. Zwei neue Mitglieder, die unseren Wahlkampf aktiv unterstützt haben, sind unserer Partei beigetreten. Überall hingen unserer gelben Plakate, auf denen wir für "Arbeit für Alle" und gegen das Verschleudern von öffentlichen Geldern für Prestigeobjekte eintraten. Wir vergebog verscheiten. Wir vergebog verscheiten. Wir vergebog verscheiten. und Arbeitslose wohnen. haben 280 Kommunalv bis zum Rathaus ziehen durfte.
Und auch nach der Wahlen sind wir weiter auf der Straße aktiv. So sammeln wir zur Zeit Unterschriften gegen das geplante bundesweite Schulungszentrum der Nazi-Partei DVU und werden Proteste und Demonstrationen dagegen organisieren. Jeder, der uns gewählt hat, weiß, daß wir Stellvertreterpolitik ablehmen uns stattdessen für Mobilisierung der ArbeiterInnen, Jugendlichen, Studentinnen usw. für den Kampf gegen jede Kürzung und für Verbesserungen stehen Teder pere Mittilied ist. der Nazi-Aufmarsc ch der NPD

Türkische Faschisten ermorden Kurden

Lokal der faschistischen "Grauen Wölfe" getroffen haben, spricht die Polizei noch immer davon, es habe sich nicht um ein politisches Motiv gehandelt, sondern um eine Ispir ermordet. Zwei Männer drangen in die Räume des linken Arbeiter- und Jugendkulturvereins ein und töteten Erol mit mehreren Messerstichen. Mitte Juli stellte sich ein Täter, der 21 jährige Ali M. Obwohl er sich als türkischer Nationaliet bereichest werd ein der list bezeichnet und sich die beiden Täter vorher in einem Am 1. Juli wurde im Kölner Stadtteil Kalk der Kurde Erol

sponnane 1 at nach personnchen Spannungen".

Viele Anwohner waren geschockt über die feige Bluttat.
Die Immigranten-Organisation
AGIF, dem der Kulturverein
angeschlossen ist, mobilisierte
zu mehreren Protestmärschen
und zu einer Trauerfeier. Türkische und kurdische Linke
fürchten, daß dies der Auftakt
zu einer Gewaltserie türkischer
Faschisten sein könnte, die
sich nach dem Todesurteil gegen Öcalan im Aufwind sehen
und ihre Macht auch in und ihre Macht auch Deutschland zeigen wollen. Die Partei MHP, denen "spontane Tat" nach "persönli-chen Spannungen".

Schlägerkommandos der "Grauen Wölfe" unterstehen, sitzt in der Türkei in der Regierung, ihre Mitglieder sind im Polizei- und Militärapparat stark vertreten und sind für Folterungen und Morde an Oppositionellen verantwortlich.

AGIF, die SAV und andere Gruppen wollen die Kölner Bevölkerung über die Hintermänner des Mordes aufklären. Dazu soll ein internationales Straßenfest in Kalk beitragen. Die SAV hatte sich an allen Protestaktionen beteilier

Protestaktionen beteiligt.



Trauerzug nach dem feigen Mord an Erol Ispir

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, "Au Petit Bistro", Adalbertstein-

OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1 Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr,

Prenzlauer Berg.
OG Prenzlauer Berg: Montags 19
Uhr, "Kiez-Club", Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee, Li-nien 1 oder 20 OG Treptow-Köpenick: Bis 10. Oktober gemeinsam mit OG

burg Rathaus) 06. GWA St. Pauli: SAV/ T – Wer wir sind und was wir

er Tel. (040) 7662 17 97

Bremen

Tel. (030) 4408429

Kassel

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale Bremerhaven

K O

6

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzen-trum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Infos unter Tel. (0221) 13 4 bei der SAV-Bundeszentrale Tel. (0221) 13 45 04

Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Rostock

Frankfurt/Main

SAV-Treffen jede Woche don-nerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Au-gustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg),Infos unter Tel. (0381) 49965 90 im SAV-Büro

Hamburg

Gerade Wochen: Dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Ham-burger Hochstr. 2 (S-Bahn Ree-perbahn), Ungerade Wochen: Mittwochs, 19.00 Uhr, Haus der Jugend (Steinikestraße, S-Bahn Mittwochs, 19 Uhr Uhr im Nordafrikanischen Verein, an der Unterführung 12 (neben der Motte), Infos, Fel.: (0271) 51 291

Stuttgart

21. 4.: "Stuttgart 21"
jeweil mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 242442

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, und Saarbrücken.

Der Krieg und unsere Akti-vitäten dagegen haben zu einer veränderten Zei-tungsplanung geführt. Die Ausgaben 206 und 207 ha-

Der Kampf ist international

AV ist Mitglied im "Komitee für eine Arbeiterinternatio-(KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' Internatio-as KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbei-und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und AV ist Mi

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profit-systems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demo-krafien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Län-dern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB , Tel.: 0044/181/533 0201 Fax: 0044/181/985 0757 E-Mail: inter@dircon.co.u

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unter-

drückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestim-men, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt



Gegenwehr, Solidaritat, Sozialismus

VORAN Nr. 206 Juni/Juli 1999 1 DM Solidaritätspreis 3 DM

ON Anrufen, Informieren, Mitmachen **400**

Nach 40 Jahren Aachener CDU-Mißwirtschaft versprach Rot-Grün 1989 einen neuen Aufbruch: "In Zukunft können alle Aachener ihre Ratsvertreter besser beim Wort nehmen als je zuvor." [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]. Doch statt der verstrochenen machen. Die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Ausländern sind ihnen egal. statt der versprochenen Wende hat Rot-Grün sich längst entschieden, Politik für Reiche und Unternehmer zu

Beispiel öffentlicher Nahverkehr

o verbessern, daß eine wirklithe Alternative zum Auto entthe Alternative zum Auto entteht. [...] durch Angebotsveresserungen, die Spielräume
ersessenkungen schaffen
ir Preissenkungen schaffen
ir Preissenkungen on DM 1,wzstreckentarifs von DM 1,versprachen SPD und Grüne
versprachen SPD und Grüne
versprachen SPD und Grüne
versprachen SPD und Grüne
iversprachen SPD und Grüne
versprachen SPD und Grüne
iversprachen SPD und Grüne
iversprachen SPD und Grüne
iversprachen der Preisse erhöht. Der
urzstreckentarif liegt inzwichen bei 1,70 DM - eine
reissteigerung von 70 Pront! So wird der ÖPNV nie zu
ner Alternative zu Auto" "Wir wollen [...] den ÖPNV verbessern, daß eine wirkli "Alternative zu Auto'

Einführung des 5-Minuten-Takts und Einstellung von mehr Personal, sowie Einfüh-rung des Nulltarifs auf allen Strecken. Unsere Nachbarstadt Hasselt hat vorgemacht, daß Nulltarif möglich ist: die ver-ringerten Kosten für Straßen-bau und Beseitigung von Um-weltschäden wiegen den Ein-nahmeverlust auf. Deshalb fordert die SAV inführung des 5-Minuten

Beispiel Prestigeobjekte

Egal ob Carolus-Therme an der Paßstraße oder die "Frittezang" am Elisenbrunnen - für sinnlose Bauvorhaben hat der rot-grüne Stadtrat immer Geld genug. Tivoli-Neubau und "Aachen-Tor" sind an uns noch einmal vorbei gegangen vorerst. Aber das ist keine Garantie, daß nach den Kommunalwahlen die Geldverschwendung gestornt ist Deshalb ng gestoppt ist. Desh zt sich die SAV dafür e 3 in Zukunft keine weite geplant

Beispiel Müllgebühren

Müllverbrennungsanli jusetzen", versprach R

MVA zahlen, zahlt die Firma R+T (RWE und Trienekens) nur 220 DM.

Deshalb fordert die SAV:

Deshalb fordert die SAV: Stillegung der MVA Weiswei-ler, mehr Miilwa--ler, mehr Müllvermeidung, Mehrwegsysteme und Recyc-ling Schluß mit der Subven-tionierung von Gewerbemüll: Firmen, die Müll verursachen, müssen die Kosten voll bezah-

Beispiel Arbeit

"Die Stadt und stadteigene Betriebe füllen ihren Stellenplan aus. Die Arbeitszeitverkirzung wird in neue Stellen
umgesetzt", so Rot-Grün 1989.
In Wirklichkeit wurden aber in
den letzten Jahren massiv Stellen abgebaut. Seit zehn Jahren
setzt die SPD in Aachen auf Wirtschaftsförderung niedt ge Gewerbesteuer und günst ge Gewerbeflächen sollen Ui ternehmer nach Aachen lol Trotzdem sir über 13.000

öffentliches Investitionspro-gramm von 100 Millionen DM zur Schaffung von 1000 quali-fizierten und tariflich bezahl-ten Arbeitsplätzen pro Jahr. Darüber hinaus müssen alle of-fenen Stellen bei der Stadt so-fort besetzt werden, der Personalabbau der letzten Jahre muß rückgängig gemacht werden. fordert die SAV ein

Beispiel Finanzen

Der Rot-Grüne Stadtrat wirft den Banken jedes Jahr 100 Millionen DM Zinszahlungen in den Rachen. Die Gewerbe-steuer ist eine der niedrigsten aller kreisfreien Städte in NRW. Dafür sind dann im Haushaltsplanentwurf 1999/

gebeten werden. Das beinnatgebeten werden. Das beinnattet den Stop der Zinszahlungen an die Banken und eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer. Auf Bund und Land muß Druck ausgeübt werden, die kommunalen Finanzen zu verbessern. Nur so kann man Calvihrenerhöhungen und Per-

den Stadtrat!

sie vertritt. Für SPD, Grüne, CDU und FDP sind die Inter-essen der Industrie und Ban-ken "Sachzwänge". Deshalb landen sie dabei, die Politik der Bosse und Bonzen gegen die Mehrheit der Bevölkerung Jede Partei muß sich ent scheiden, wessen Interesser Interesse), Grün

durchzusetzen!

Für die SAV sind gesicherte
Arbeitsplätze, Gebührensenkungen, bezahlbare Wohnungen, Kindergartenplätze, Ausbildungsplätze für Jugendliche
und Umweltschutz die wichtigsten Sachzwänge.

Wenn Du auch der Meinung
bist, daß mit der Politik für

stand in den Aachener Stad gehören - dann wähl' am September SAV. Und n besser - werde Mitglied uns und kämpfe mit uns sammen für unsere gemei men Interessen! (Büro der SAV-Aachen: 02 41/ 50 86 85) Banken und Konzerne Schlu sein muß, daß Wut und Wider stand in den Aachener Stadtra

2000 Gebührensteigerungen in allen Bereichen vorgesehen. Auf Deutsch nennt man das Umverteilung von unten nach oben.

Die SAV fordert, daß die Unternehmer endlich zur «Kasse

Gebührenerhöhungen u sonalabbau verhindern

Wut und Widerstand in



Wer soll das bezahlen?

Köln boomt. Die Köln-Arena ist fertig, große Filmstudios entstehen, ein neues Multiplex-Kinocenter soll gebaut werden. Doch die Arbeitslosigkeit schwankt seit Jahren um 14 Prozent. Schüler und Eltern protestieren gegen Lehrermangel. Seit 1993 wurden über 400 Ausbildungsplätze allein bei der Stadt Köln abgebaut.

Claus Ludwig, Köln

sem keineswegs die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Der Abbau öffentlicher Dienstleistungen, steigende Gebühren und Abgaben, das anhaltend hohe Mietniveau in Köln haben zu einem Absinken des Lebensstandards Die Milliarden-Investitionen für Prestigeprojekte und im Unterhaltungssektor verbes-sern keineswegs die Lebensbe-

wie der Besserverdienenden, die sich all die teuren Vergnügungen leisten können. Der Wahlkampfauftakt des SPD-OB-Kandidaten Heugel war konsequenterweise ein Essen, zu dem die Gäste 1000 DM Eintritt bezahlten. vertreten gleichermaßen die Interessen einer kleinen rei-chen Minderheit. Ihr Köln ist das Köln der Baulöwen, Grund- und Bodenbesitzer sogeführt.
SPD, Grüne, CDU und FDP

Qualifizierte Arbeitsplätze statt Zwangsarbeit

Die SAV fordert, die öffentlichen Gelder zu verwenden, um dringend benötigte Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Verkehr und Wohnungsbau zu finanzieren. Wir wenden uns gegen jede Form von Privatisierung und für die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Wir wollen qualifizierte Arbeitsplätze. Deswegen kämpfen wir dagegen, daß Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose zu niedrig bezahlter Zwangsarbeit verpflichtet werden. Stattdessen müssen sofort neue Ausbildungsplätze bei der Stadt geschaffen werden. Hunderte neuer Lehrer müssen

Die Kommunen sind durch die Umverteilungspolitik auf Bundesebene finanziell ausge-Partei) sowie Unterstützem der kommunistischen Parteien Griechenlands und V nationale Liste (LIL) bestand neben der SAV aus der DKP (Deutsche Kommunistische Die PDS wollte ursprünglich ucht für den Stadtrat kandidie

Bundesebene finanziell ausgeblutet. Allein mit dem Kölner Haushalt läßt sich die soziale Lage nicht entscheidend verbessern. Die Stadt bezahlt jede Minute 1000 DM Zinsen an die Banken. Wir fordern die Einstellung dieser Zinszahlungen. Wir treten dafür ein daß die Kommunen der Bundesregierung die Rechnung für die notwendigen Investitionen präsentieren und die arbeitende Bevölkerung mobilisiert, um zusätzliche Finanzen aus Bertigen und die ander die Bertigen und die arbeitende Bevölkerung mobilisiert, um zusätzliche Finanzen aus Bertigen und die arbeitende Bevölkerung mobilisiert, um zusätzliche Finanzen aus Bertigen und die arbeitende Bevölkerung mobilisiert, um zusätzliche Finanzen aus Bertigen für die soziale die steht die soziale die sozi Mit dem Wegfallen der 5Prozent-Hürde bot die PDS jedoch der LIL an, auf einer offenen Liste der PDS zu kandidieren. Um die linken Stimmen
nicht zu spalten, ist die LIL daher in Verhandlungen mit der
PDS eingetreten. Kandidatin-

PDS eingetreten. Kandidatinnen und Kandidaten der SAV
werden auf der offenen Liste
der PDS für den Kölner Rat
kandidieren (Stand bei Redaktionsschluß 23. 7. 99).

Kandidatur und Ratsmandate
sind für die SAV kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um
die Gegenwehr und die Selbstorganisation der arbeitenden

Menschen voranzutreiben.
SAV-Mitglieder werden mit
anderen gemeinsam Widerstand gegen die unsoziale Politik organisieren und Streiks
und Demonstrationen unterstützen, statt sondern ihre Einkünf gen, Privilegien able Ratsmitglieder

offenlegen, Firms, die über nen und Verdienste, die über einem durchschnittlichen Ar-einem für

beitnehmergehalt liegen, für die Arbeit der Liste und die Unterstützung von sozialen Bewegungen abführen.

Mit anderen linken Parteien und Organisationen war die SAV aktiv in der Bewegung gegen den Balkan-Krieg und bei der erfolgreichen Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 22. Mai.Die SAV hat in den letzten Jahren u.a. den Kampf beim Traktorenhersteller Deutz-Fahr in Köln-Kalk gegen die Schließung des Werkes unterstützt sowie Solidarität für die streikenden Arbeiter der Bahnreinigung organisiert, die gegen Billiglöhne ge-

Spendet für die Arbeit der SAVI

eingestellt werden.

Wir wenden uns gegen die Pläne der städtischen Verkehrsbetriebe KVB, Busfahrer in ihrer Freizeit als Kontrolleure für eine Kopfprämie Schwarzfahrer aufspüren zu VORANI

und Rassismus wie anderswo.
Bei der Kommunalwahl dürfen
zwar EU-Bürger wählen, aber
nicht die 80.000 Kölner türklscher und kurdischer Herkunft.
Die SAV setzt sich für das
Wahlrecht für alle ein. genauso viel D und Rassismus Gegen Rassimus a "toleranten Komanso viel Diskriminie auso viel make ande

In Kölner Kirchen leben seit eineinhalb Jahren über 100 Menschen, denen in der Türkei politische Verfolgung droht. Wir fordern das sofortige Bleiberecht für diese Menschen und den Stop sämtlicher Abschiebungen.

Die SAV setzt sich für eine Mobilisierung der Arbeiterbewegung und der Antifaschisten ein, um die öffentlichen Aktivitäten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten ein, um die öffentlichen Aktivitäten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten ein die öffentlichen Aktivitäten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten die Seit sich für eine Mobilisierung und der Antifaschisten der Seit sich der Seit si

vitäten sämtlicher rechter Gewalttäter zu verhindern. Wir helfen mit, Nazis und Rassisten aus ihrer Anonymität zu reißen und ihre Verbrechen in der Öffentlichkeit aufzuzeigen.

Linke Alternative gegen kölschen Klüngel

Seit Anfang der 80er Jahre hat es keine stadtweite Kandidatur links von Rot-Grün in Köln gegeben. Die SAV hat daher im Vorfeld der Kommunalwahlen versucht, ein linkes Wahlbündmis zu imttieren. Die dann gegründete Linke Inter-

☐ zehn Ausgaben zu 25 DM☐ zusätzlich __ Exemplare